

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Sächsische Zeitung, Dresden, Br. 212
Druck: Sächsische Zeitung, Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtkass. Dresden, Giro-Konto: Dresdner Br. 608
Post-Konto: Br. 212 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bählan, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpfortitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Sächsische Zeitung, Dresden, Br. 212. — Verantwortlich für Lokales Carl Dröge, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
69. Jahrgang

Nr. 221

Mittwoch, den 21. September

1927

Auf dem Wege zur deutsch-österreichischen Rechtseinheit

Die Hotelbesitzer haben sich über die Beflaggung zum Geburtstag des Reichspräsidenten geeinigt — Der deutsche Pilot Roenncke unterwegs auf dem Fluge nach Ostasien — 32 Millionen Mark Hochwasserschaden in der Tschechoslowakei

Beide Flaggen werden am 2. Oktober gehißt

Der Reichsverband der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe trat gestern in Magdeburg zusammen, um sich mit der Flaggenfrage zu beschäftigen und beschloß einstimmig, dem Verlangen des Reichspräsidenten Braun und des Oberbürgermeisters Böhm nicht zu entsprechen. In der Entscheidung heißt es:

Der Reichsverband lehnt als rein wirtschaftliche Organisation jede politische Stellungnahme ab. Er verurteilt aber aus schärfster die Erklärung des Wirtschaftsbundes gegen die Annahme der nachgewiesenermaßen im politischen Meinungskampf neutral bleiben wollen. Der Reichsverband billigt die Entscheidung des Berliner Vereins und ruft im Sinne dieser Entscheidung seine Mitglieder im Reich an, die Häuser am 2. Oktober zu Ehren des Reichspräsidenten nicht zu beflaggen.

Die Entscheidung des Berliner Vereins, auf die in der Entscheidung Bezug genommen wird, hat folgenden Wortlaut:
Der Verein Berliner Hotels steht für die Veranlassung, an seine Mitglieder unter Wahrung der Rechte derselben aus § 118 der Reichsverfassung folgende Bitte zu richten: Der Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten darf unter keinen Umständen unter dem Flaggenzwang oder dem unehrenhaften Verhängnis Bonfakt leiden. Wir rufen daher unsere Mitglieder auf, am 2. Oktober die Häuser nicht zu schmücken und zu beflaggen. Keinem zu Liebe und keinem zu Unrecht wollen wir in dem großen Deutschen die ehrenden und ehrenvolle Vergangenheit, die ehrenden und schicksalsschweren Gegenwart des Deutschen Reiches ehren.
Der Beschlüß der Hoteliers, die Hotels am 2. Oktober nicht zu beflaggen, soll in der Form angefaßt werden, daß sowohl Schwarz-Weiß-Flagge als auch Schwarz-Rot-Gold gehißt werden wird.

Das Reichsbanner ergreift sich mit einem Glückwunsch

Für den 2. Oktober, den Geburtstag Hindenburgs, ist ein Spalier beabsichtigt, das von der Wilhelmstraße bis zum Statuenreihen soll. Der Gauvorstand Berlin des Reichsbanners hat beschlossen, an diesem Aufzug nicht teilzunehmen, sondern seine Glückwünsche dem Reichspräsidenten besonders zu überbringen.

Wie die Kommunisten den Präsidentengeburtstag „feiern“

Die kommunistische Partei hat an die Sozialdemokratische Partei, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an das Reichsbanner eine Einladung zu einer Kundendemonstration gegen den Bürgerfriedhof am 2. Oktober gerichtet, die den wahren Charakter der Hindenburgfeier „entlarven“ soll. In derselben Einladung, in der eine gefühlvolle Front gegen den Bürgerfriedhof verlangt wird, wird auf das Verhängnis gegen das Reichsbanner und gegen die Sozialdemokratie polemisiert.

1928 fällt die Entscheidung!

Bei einer republikanischen Kundgebung anlässlich der diesjährigen Wahlen des sächsischen Reichstages in Weimar führte Regierungspräsident a. D. Göring über die Aufgaben des Reichsbanners u. a. aus:

„Ein Denkmal der nationalen Zusammengehörigkeit“

Die Reform des Strafrechts — Beginn der Beratungen in Deutschland und Oesterreich

Reichsjustizminister Hergt in Wien

Reichsjustizminister Dr. Hergt, der gestern in Wien eingetroffen ist, hatte gestern mittags mit Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Dr. Renwick eine Aussprache, in der u. a. eine Reihe von Fragen, die im Zusammenhang mit der Rechtsangleichung stehen, besprochen wurden. Der Minister wird den Verhandlungen der ersten Lesung des neuen österreichischen Strafrechts im Parlament beiwohnen.

Gleiches Recht zum Segen beider Staaten

Dr. Dinghofer über die Rechtsangleichung mit Deutschland

In seiner Rede zur ersten Lesung des neuen Strafrechtsbuches im österreichischen Nationalrat führte Justizminister Dr. Dinghofer u. a. aus,

der Entwurf sei im wesentlichen mit dem in Deutschland zur Beratung stehenden Strafrechtsgesetz gleichlautend.

Abweichungen ergeben sich nur, wo verfassungsrechtliche Gründe maßgebend waren. Unter den Abweichungen hob Dr. Dinghofer die Todesstrafe besonders heraus. Während der deutsche Entwurf an der Todesstrafe für ein einziges Verbrechen noch festhalten zu müssen glaubt, sei sie in Oesterreich durch Art. 85 des Bundesverfassungsgesetzes für das ordentliche Verfahren abgeschafft worden.

1928 muß der entscheidende Wahlsieg ausgeschrieben werden,

damit wahrhafte Republikaner wieder das Steuer des Staates in die Hände bekommen. Heute haben die Gegner des Staates von Weimar die Macht, das muß aufhören. Im Flaggentritt könne es nur einen Sieger geben: Die Republikaner.

Wahrvorbereitungen der Demokraten

Ueber die Organisations-tagung der Demokratischen Partei in Bad Glien teilte der demokratische Zeitungsdiener mit: Erhellend erhellte ein ausführliches Referat über die Organisationsarbeit im Jahre der Wahrvorbereitung und wies darauf hin, daß sich die künftigen Wahlkämpfe der Demokratischen Partei selbstverständlich auf die Grundzüge der Partei stützen müßten, andererseits sei aber auf die Fragen der Tagespolitik nehmende Rücksicht zu nehmen. In den kommenden Wahlkämpfen werden vor allen Dingen die Gedanken eine Rolle spielen, für

Weiter führte der Minister aus: Hätten die beiden Länder das gleiche Recht, dann würden die Rechtsprechung beider Staaten sich gegenseitig befruchten.

deutsche Logik und Gründlichkeit

werde sich mit der vielfach freieren und manchmal vielleicht gegenüber den Forderungen des Rechtsgefühls nachgiebigeren österreichischen Rechtsauffassung paaren und aus dem gleichen Gesetze werde allmählich ein gleiches Recht wachsen zum Segen der beiden Staaten und des gesamten deutschen Volkes.

So sollte ein nationales Denkmal errichtet werden, das dem deutschen Namen Ehre bereite.

Der Minister dankte schließlich dem deutschen Justizminister Dr. Hergt und den deutschen Behörden, die den Gedanken der Rechtsangleichung bei der Aufstellung des Entwurfes gefördert haben und forderte das Haus auf, in gleichem Geiste das Werk zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

Der deutsche Sonderauschuß

Der Sonderauschuß des Reichstages, dem der Entwurf des Reichsstrafgesetzbuches zur Vorberatung überwiesen worden ist, nimmt seine umfangreichen Arbeiten am 21. September in Angriff. Dem Ausschusse gehören 28 Mitglieder an und zwar 8 von der Sozialdemokratischen Partei, 6 von der Deutschnationalen Volkspartei, 4 vom Zentrum, 3 von der Deutschen Volkspartei, je 2 von der Kommunistischen Partei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei.

die die Partei sich grundsätzlich und praktisch freigelegt hat, so die

Ausgestaltung der deutschen Republik in geistiger Freiheit.

Die Gedankenentwicklung zum dezentralisierten Einheitsstaat mit einer Politik des europäischen Friedens muß sich verbinden mit der Forderung nach der Bildung und Vorbereitung Groß-Deutschlands sowie der Verbesserung der völligen Räumung des Rheinlandes und der Regelung der Ostfragen.

Vertreter aus allen Teilen Deutschlands brachten übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß überall bemerkenswerte Anzeichen vorhanden seien für das Fortschreiten der Gedanken, die die Deutsche Demokratische Partei vertritt. Die Rechtsregierung im Reich und die Rechtsregierung in den Ländern hätten den Wählern die Augen geöffnet für die Notwendigkeiten wahrer demokratischer Politik. Gerade angesichts dieser Situation sei es

unten, rechtzeitig die Vorbereitungen zu treffen, um in den kommenden Wahlkämpfen einen schlüssigen Parteiparagrafen zu besitzen. —
der den Wahlerfolg sichert.

Die russisch-französische Spannung

Das Thema des eventuellen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland datiert von jenem Tage, an dem sich die englische Regierung entschlossen hatte, den Bruch mit der Sowjetrepublik zu vollziehen. Zwar beilegte sich damals die Leitung der französischen auswärtigen Politik, zu versichern, daß für Frankreich kein Grund vorliege, Englands Beispiel zu folgen, zumal auch die englische Regierung selbst ja die Versicherung abgegeben hatte, daß es ihr fernliege, befreundete Mächte zu einem Komplott gegen Rußland zu verleiten. Dies hinderte aber natürlich nicht, daß der englische Vorgang automatisch verschleiert und auch auf die russisch-französischen Beziehungen wirkte, und das erste Ergebnis war, daß die Verhandlungen über die Regelung der russischen Vorkriegsschulden und einen französischen Industriekredit für Rußland, die nahe am Abschluß gewesen waren, ins Stocken gerieten und schließlich ergebnislos abgebrochen wurden.

Eine andere und viel tiefgehendere Wirkung machte sich in der inneren französischen Politik geltend. Mit der allgemeinen Verschärfung der Weltstimmung gegen den Bolschewismus erhielt jene Richtung in der inneren Politik des bürgerlichen Frankreich die Oberhand, welche den Kampf gegen den Kommunismus und die Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegen die von ihm dem Staat drohenden Gefahren als Hauptaufgabe betrachtete, so daß unter Führung des Innenministers Sarraut eine planmäßige und rücksichtslose Unterdrückung der kommunistischen Bewegung in Frankreich einsetzte.

Fördert die Hindenburg-Spende!

Hochragend steht Hindenburg da als Repräsentant des deutschen Volkes, alle guten Eigenschaften deutscher Art in sich vereinigend, eine Ehrfurcht gebietende Gestalt, kraftvoll trotz des hohen Alters, getreu seinem Schwur, in den völlig ungeschickten Verhältnissen der Neuzeit ein Diener des deutschen Volkes, ein Hüter der Verfassung, ein Wahrer und Wehrer des deutschen Ansehens in der Welt zu sein. Unbeirrt geht er den Weg zu diesem Ziele.

An seinem Geburtstag wird man seinen Wirkens gedenken, wird man bis in die entferntesten Ecken des Deutschen Reiches dem Volke zeigen, was er uns war und was er uns ist: Ein Mann, der nichts für sich will, sondern alles, was er geben und leisten kann, dem deutschen Volke gibt.

An das deutsche Volk in der Aufruf ergangen, in einer Hindenburg-Spende einen Beweis der Liebe und Verehrung an seinem Geburtstag zu geben, die seinem Willen gemäß verwendet werden soll, um unter den Opfern des Krieges zu helfen, wo es viel zu helfen und damit zu danken gibt.

An alle ergoht der Ruf, sich an dieser Spende nach seinen Kräften zu beteiligen, und jeder wird diesem Rufe gern Folge leisten, um damit den Namen des Mannes zu ehren, der in seiner Persönlichkeit ein Vorbild edel deutscher Art und unverdrossener Pflichterfüllung ist, und dessen höchstes Streben dahin geht, das deutsche Volk glücklicheren Zeiten entgegenzuführen, als wir sie gegenwärtig durchleben.

Generaldirektor Otto Rosta,
1. Vorsitzender d. Verband. Sächs. Industrieller.

FRITZ-UND-SCHULKE-LEBENS